

St. Aldemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 7. Februar 1924.

Nr. 32.

Benešs Plaidoyer.

Der Außenminister Dr. Beneš ist gestern mit schwerem Geschick aufgefahren. In seinem, in den Außenausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Senates gehaltenen Exposé über seine Außenpolitik hat er eine ungewöhnlich verärgerte Stimmung an den Tag gelegt, die man sonst bei ihm, dem Bischofblütigen, nicht gewohnt ist. Er sprach von „Menschen mit bösem Willen“, von einseitigen, parteiischen und gehässigen Kritikern, die mit „Phrasen“ argumentieren — alles, um seine Außenpolitik in den letzten Wochen und vor allem, um den von ihm mit Frankreich geschlossenen Bündnisvertrag zu verteidigen! Nach der Aufnahme, die der von ihm getroffene Vertrag nicht nur bei einem großen Teil der Öffentlichkeit im Inlande, sondern auch in anderen Staaten, besonders in Italien und England, gefunden hat, ist diese verärgerte Stimmung wohl erklärlich. Aber sie allein ist kein Beweis, um Dr. Beneš, der in diesem Falle so auffällig von der früher vorsichtig eingehaltenen Politik des Labrierens abgewichen ist, zu rechtfertigen. Er hat in seiner gestrigen Rede weit ausgeholt, um gegenüber seinen Kritikern recht zu behalten. Seine Argumente ruhen aber doch auf sehr schwachen Füßen. Der erste Teil seiner Ausführungen, das ist ungefahr die Hälfte seines großen Exposés, war eigentlich nichts wie ein Auszug aus seinen früheren Reden, der mit der Beurteilung von Benešs Bündnispolitik aus der letzten Zeit wenig zu tun hat. Herr Dr. Beneš hatte es diesmal aber wirklich nicht leicht. Er hatte die schwerste Aufgabe zu erfüllen, die ihm seit seinem Amtsantritt gestellt war. Aber man kann auch nicht sagen, daß es ihm gelungen wäre, diese Aufgabe zu erfüllen.

Der Herr Außenminister findet natürlich alles was er tat in bester Ordnung und er wiederholte auch diesmal, was er früher schon so oft getan hat, daß seine Politik keinen anderen Zweck diene, als denen der Erhaltung des Friedens und der Teilnahme an der Rekonstruktion Europas. Der französisch-tschechoslowakische Vertrag enthalte eigentlich nichts anderes, als was schon fünf Jahre hindurch in der Richtung der Bestrebungen der tschechoslowakischen Außenpolitik gelegen sei und er stellte sich verwundert darüber, daß der französisch-tschechoslowakische Bündnisvertrag Erregung hervorgerufen habe, denn er sei doch gegen niemanden gerichtet. Wem will Herr Dr. Beneš das weismachen? Wenn man in dieser von Gegenständen erfüllten Welt einen Vertrag zum Schutze von irgend etwas schließt, steht dies doch auch voraus, daß sich dieser Vertrag gegen jemanden richtet, und daß es eben gegen irgend jemanden etwas zu beschützen gibt. Was der Vertrag schützen soll, das sind die Friedensverträge, deren Aufrechterhaltung bewirkt werden soll. Herr Dr. Beneš gibt wohl zu, daß die Verträge „nicht vollständig“ sind, und daß sie „in manchem“ verbessert werden können. Aber da er sich und die Tschechoslowakei an Frankreichs Seite, an das Frankreich des Herrn Poincaré und des Bloc Nationalen stellt, zeigt, wie er zu diesen „verbesserungsbedürftigen“ Friedensverträgen steht und wie er ihre Durchführung wünscht. Von diesem heiligen Frankreich hat kürzlich der Premierminister der englischen Arbeiterregierung, Ramsay MacDonald, gesagt, daß man ihm vorwerfen müsse, es nehme nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas, es entwerfe das englische Volk, wobei er gar nicht von der Beunruhigung für die eigene Sicherheit sprechen wollte, die von den Engländern angesichts der ungeheueren Aufrüstungen Frankreichs empfunden werde, aber er müsse sagen, daß „die besten Geister beunruhigt und misstrauisch“ seien. Herr Dr. Beneš war wohl in England und er versicherte auch gestern, daß es ihm gelungen sei, über die friedlichen Absichten der Tschechoslowakei Veruhigung zu schaffen, aber wenn er noch so stödet, kann es ihm doch nicht gelingen, das von ihm selbst gesäte Mißtrauen bei der nichtfranzösisch orien-

Macdonalds Regierungserklärung.

Antündigung eines Abrüstungsvorschlages.

London, 6. Februar. Nach einer Meldung des sozialistischen Zentralorgans „Daily Herald“ wird die Regierungserklärung Macdonalds in der nächststehenden Parlamentssitzung folgende drei Punkte enthalten:

1. Stellung der Arbeiterpartei im Unterhaus;
2. Allgemeine Lage Europas und die Weltlage;
3. Möglichkeit, die Rüstungsausgaben einzuschränken.

Da Punkt 2 und 3 in engem Zusammenhang stehen, würde eine Bewältigung des europäischen Chaos, wozu die Anerkennung Rußlands der erste Schritt sei, eine größere Rüstungsbeschränkung möglich machen, als dies bis jetzt wahrscheinlich sei. Doch seien auf jeden Fall Rüstungseinschränkungen im Laufe dieses Jahres zu erwarten.

Deutschland, Rußland und der Völkerbund.

Ein Zeichen des Stimmungsumschwungs in Frankreich.

England will nicht länger bei Seite stehen.

London, 6. Februar. Macdonald erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Manchester Daily Dispatch“, die Anerkennung Rußlands sei eine unbedingte Bedingung, die er nicht dulde. Hinsichtlich der de jure Anerkennung erhob Macdonald Einwände gegen diesen Ausdruck, der von dem Wort auf der Straße nicht verstanden werden könne, für den Rußland entweder anerkannt oder nicht anerkannt werde. Da aber die russische Regierung diesem Ausdruck Bedeutung beimesse, sei er bereit gewesen, ihn zu unterstreichen.

Weiter erklärte der Premierminister, Rußland und Deutschland sollen in den Völkerbund eintreten. Bezüglich Rußlands ergebe sich eine Schwierigkeit, auf Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund jedoch müsse bestanden werden. Macdonald besprach darauf die britischen Beziehungen zur französischen Regierung und gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß die zögernde negative Haltung der britischen Regierung hauptsächlich für die letzten Mißverständnisse verantwortlich gewesen sei; all das sei jetzt vorbei. Großbritannien werde sich nicht länger damit zufrieden geben, bei Seite zu stehen und die Ereignisse abzuwarten. Das Ergebnis dieser neuen Haltung scheine über Erwarten erfolgreich zu sein.

Paris, 6. Februar. An das Interview knüpfend, welches „Daily Dispatch“ im Manchester veröffentlicht, und in dem die Notwendigkeit der Aufnahme Rußlands und Deutschlands in den Völkerbund betont wird, erklärt der „Temps“, Frankreich habe gute Gründe zu wünschen, daß die Aufnahme beider Staaten ermöglicht würde. Die Interessen Rußlands als eines Staatsorgans stoßen nirgends an diejenigen Frankreichs. Es sei anzunehmen, daß in einer

eventuellen internationalen Aussprache die französischen und die russischen Vertreter öfter Gelegenheiten hätten, sich gegenseitig zu unterstützen. Was die Aufnahme Deutschlands anbelangt, heißt es in dem Leitartikel des „Temps“, hat Frankreich schon augenblicklich erklärt, daß es sich nicht widersehen würde, vorausgesetzt, daß Deutschland den Beweis erbringe, daß es seine Verpflichtungen zu erfüllen gedenke. Bezüglich Rußlands führt der „Temps“ weiter aus: Wenn Sowjetrußland in den Völkerbund aufgenommen werden sollte, wäre man berechtigt, die karelsche Frage und andere Fragen, wie z. B. das Problem Georgiens, die Schuldenfrage und die Frage des Ausländerregimes in Rußland vor den Völkerbund oder den ständigen internationalen Gerichtshof zu bringen. Auf diese Weise wäre vielleicht eine Lösung zu erzielen, welche bisher der Diplomatie nicht gelungen ist.

Die Pfalz.

Fortdauer der englisch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 6. Februar. (Eigenbericht.) Die Meldungen ausländischer, namentlich Pariser Zeitungen, daß zwischen England und Frankreich über die Frage der Autonomie der Pfalz bereits eine Einigung stattgefunden habe, werden nach einer Information des Berliner „Vorwärts“ aus Paris als verfrüht bezeichnet. Es finden allerdings in dieser Frage Verhandlungen statt und auf Poincaré wird aus französischen Kreisen ein Druck ausgeübt, diese Verhandlungen ehestens zu Ende zu führen; man rechnet jedoch mit der Möglichkeit, daß eine Lösung in dem Sinne erfolgen werde, daß die von den Separatisten aus der Pfalz vertriebenen Beamten an der Rückkehr nicht gehindert werden. Wann die Verhandlungen eine Entscheidung bringen werden, läßt sich heute noch nicht voraussagen.

tierten Staatsgruppe zu beseitigen. Wir meinen darum nicht, daß seine Art das Mittel ist, um friedliche Absichten zur Geltung zu bringen, denn um für den Frieden zu kämpfen, darf man sich nicht mit Beelzebub verbünden.

Den Versicherungen, daß Dr. Beneš mit dem Bündnisvertrag keine aggressive Absichten verfolgen, kann man wohl glauben, aber in der Politik kommt es nicht immer auf die Absichten, sondern auf den Erfolg an. Es ist nun einmal so, und auch Herr Dr. Beneš wird dies nicht übersehen haben, daß die Friedensverträge die europäische Welt in zwei Lager geteilt haben. Es mag den meisten Konventionen des Herrn Beneš geistig und politisch sehr nahe liegen, alles Heil für die Sicherheit und Unverletzlichkeit der tschechoslowakischen Republik in ihrer heutigen Gestalt vom Schutze Frankreichs zu erwarten, aber eben darin, daß die Tschechoslowakei so offen und sogar durch einen, wenn auch verhüllten militärischen Vertrag für den einen Teil Partei ergreift, stellt sie sich sichtbar und demonstrativ gegen den anderen Teil. Dr. Beneš

mag dabei gewiß nicht an einen Krieg an der Seite Frankreichs denken, der sich aus den vorhandenen Konfliktstoffen, die aus Frankreichs Haltung bei der Durchführung der Friedensverträge drohen, ergeben kann. Das wäre schon deshalb begreiflich, weil das tschechoslowakische Volk wohl nicht so leicht seine schwer errungene Selbständigkeit Frankreich zuliebe aufs Spiel setzen würde und weil die inneren nationalen Verhältnisse des tschechoslowakischen Staates diesen für eine solche militärische Bundeshilfe an Frankreich nicht sehr geeignet erscheinen lassen. Aber Tatsache ist, daß der Artikel 2 des Vertrages davon spricht, die Vertragsparteien würden „sich über jene Vorkehrungen verständigen, welche geeignet sind, ihre gemeinsamen Interessen im Falle ihrer Bedrohung sicherzustellen“. Wenn auch über diese „gemeinsamen Interessen“ erst von Fall zu Fall die Verständigung erfolgen soll, so bedeutet dieser Punkt doch ein Raseln mit dem Säbel, und Herr Dr. Beneš braucht sich daher nicht zu wundern, wenn man danach, selbst wenn man annimmt, daß es bei dieser Demonstration bleibt, in seine

Absicht zur dauernden Sicherung des Friedens wenig Vertrauen setzt.

Wollte man Herrn Dr. Beneš glauben, so müßte man annehmen, daß ihm nichts mehr am Herzen liegt, als zu allen Nachbarstaaten die besten Beziehungen zu unterhalten. So versicherte er, die deutsche Demokratie brauche sein Bündnis mit Frankreich nicht zu fürchten, es sei ein „Instrument zur Einigung und zum Frieden“, kurz, es bringe ihr nur Vorteile. Diese Förderung der deutschen Demokratie sieht wohl Herr Dr. Beneš darin, daß in dem Bündnisvertrag sich Frankreich und die Tschechoslowakei verpflichten, einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber einem eventuellen Versuche, die Dynastie der Hohenzollern in Deutschland zu restaurieren, einzunehmen und sich über Maßnahmen zur Verhinderung dieser Restauration einigen wollen. Diese Art der Unterstützung der deutschen Demokratie ist aber wohl die allerbedenklichste. Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß die gesamte deutsche Arbeiterklasse einer Wiederkehr der Hohenzollern den schärfsten Widerstand entgegensetzen würde. Aber mit Verlaub, diese Angelegenheit ist eine solche des Deutschen Reiches und seiner Bevölkerung und geht Frankreich und die Tschechoslowakei am allerwenigsten etwas an. Dadurch, daß Frankreich und die Tschechoslowakei das Verbot der Rückkehr der Hohenzollern aussprechen, unterstützen sie nur die monarchistische Reaktion in Deutschland, welche in diesem Punkt des französisch-tschechoslowakischen Bündnisvertrages ein willkommenes Agitationsmittel sehen wird. Das kleine Volk von sieben Millionen Tschechen will unter Benešs Führung dem 60-Millionenvolk der Deutschen gebieten, welche Staatsform es zu haben hat! Diese Gegenüberstellung muß in Deutschland verbitternd und aufreizend wirken. Der deutschen Demokratie dient Herr Dr. Beneš mit einem solchen anmaßlichen Verbot nicht, um so mehr der monarchistischen Reaktion.

Herr Dr. Beneš beteuerte auch, daß sich seine Politik in ihrem bisherigen Vorgehen gegenüber England nicht geändert habe, und daß sie in voller Harmonie mit der britischen Politik „wie bisher“ bleibe, woran der Vertrag sie „in keiner Weise hindere“. Das sind Worte, nichts als Worte! Wollte man sie glauben, so müßte man übersehen, daß die Politik Englands nun einmal ganz andere Wege geht und die Tendenz aller in letzter Zeit gehaltenen Reden der britischen Staatsmänner ist ein Beweis, daß die englische Politik anders geartet ist, als sie Herr Beneš an Frankreichs Seite einschlagen kann, und daß es daher vergeblich ist, wenn er sich bemüht, zu beweisen, er könne auf die Dauer der gute Freund beider Staaten bleiben, insolangediese nicht eine Verständigung gefunden haben. Die neue englische Arbeiterregierung hat durch den Mund ihres Premierministers gleich bei ihrem Amtsantritt an die Außenpolitik, wie sie Frankreich aus dem Versailler Vertrag heraus betrieben hat, eine scharfe Abjage gerichtet. Die zwischen Frankreich und England heute klaffenden Gegensätze wird Herr Dr. Beneš, auch wenn er noch so glatt zu sprechen versteht, nicht zu überbrücken vermögen.

Dr. Beneš hat viel und lang gesprochen, die Befürchtung, der Vertrag könne eine gefährliche einseitige Orientierung der Tschechoslowakei herbeiführen, hat er nicht entkräftet. Entscheidend ist und bleibt nicht das, was in dem Vertrage wörtlich geschrieben steht und in Paragrafen gebracht ist, sondern der Geist und die Absicht, die zu seinem Abschlusse führten. Daß Dr. Beneš diesem Geiste gefolgt ist, damit hat er nicht dem Friedenswerke und auch nicht seinem Volke einen Dienst erwiesen, das wohl einmal erkennen wird, daß nicht in der Ansehung an das waffenstarrende Frankreich, sondern in der Verständigung mit den anderen Nationen im Staate die Sicherung seiner Selbständigkeit finden kann.

Exposé des Ministers Dr. Benes

im auswärtigen Ausschusse des Abgeordnetenhauses.

In der gestrigen Sitzung des Außen- auschusses des Abgeordnetenhauses hielt Außenminister Dr. Benes das lang ange- kündigte Exposé, dessen Verlesung eine Stunde in Anspruch nahm. Wir geben die Ausführungen Benes' im Auszuge wieder:

Eine neue politische Periode.

Wir treten in eine neue politische Periode ein, die mit der Einsetzung einer sozialisti- schen Regierung in England beginnt, mit der Anerkennung Rußlands durch England und Italien, mit der Vorbereitung neuer Verhältnisse in Frankreich, die hauptsächlich den definitiven Versuch eines fran- zösisch-deutschen und damit auch eines französisch- englischen Ausgleichs bedeuten werden und schließ- lich mit der Vorbereitung zu einer wenigstens teil- weisen Partizipation Amerikas vor allem an der Wirtschafts- und Finanzpolitik Europas. Wir treten in das zweite Nachkriegsquinquennium ein, das, wie wir hoffen, uns endlich den Frieden bring- en wird.

Dann beschäftigte sich der Minister mit den Voraussetzungen der Außenpolitik und sagt hierbei: Wir glauben nicht, daß die bolschewistischen Re- gierungsmethoden imstande sein können, etwas dauernd Konstruktives aufzurichten. Ebenso war es klar, daß die Reaktion von rechts in nichtent- wickelten Staaten einfach Terrorismus bedeutet und in entwickelteren Staaten den Kampf aller gegen alle und Schwächung der Nation zum Er- gebnis hat.

„Lokale Politik der Friedensverträge.“

Es ist notwendig, dauernd zu betonen, daß man die Friedensverträge anerkennen und gelten lassen muß, und daß derjenige, der keine neuen blutigen Kämpfe will, nichts anderes tun kann, als eine lokale Politik der Friedensverträge durch- zuführen, berout, zu verbessern, was sich in gül- lichen Einvernehmen verbessern läßt. Wir haben dies unseren Unzufriedenen und Irredentisten im Inneren, sowie unseren Nachbarn gegenüber bet- onnt. Heute wird es von drei Vierteln derjenigen, die im Jahre 1919 diese Politik nicht anerkannt haben, stillschweigend anerkannt, denn die Ereig- nisse haben sie belehrt, daß ein anderes Vorgehen die Situation verschlimmert und ihnen selbst nur schadet.

Die Kleine Entente.

Ueber die Kleine Entente sagte Dr. Benes, das Bündnis hätte bis heute seine große Lebens- fähigkeit, seine gemeinsame Arbeitskraft und die gegenseitige Loyalität bewiesen und große Refu- late seiner Politik dargeboten. Der Kleine Entente sei die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa in den wirtschaftlichen Augenblicken, die Mäßigung einer Reihe von Konflikten und die Konsolidie- rung der eigenen Länder und in den Nachbar- staaten zu danken.

Freundschaftsabkommen mit Oesterreich

vom Dezember 1921 ist die Grundlage unserer politischen Ideen: Friede mit den Nachbarn, wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Anerkennung des gegebenen rechtlichen Standes in Mittel- europa und Freundschaft für die Zukunft und die Lösung eventueller Zwiste durch ein obli- gates Versöhnungsgericht. Die Idee des

Versöhnungsgerichtes ist für uns sehr wichtig. Es ist die Idee des Völkerbundes und mit ihrer Verbreitung wird der ewige Friede im Sinne der modernen Demokratie gefördert. Auch unsere Ak- tion betreffend die Anleihe in Oesterreich hat sich trotz der Kritik bewährt. Im übrigen kann man nur sagen, daß die tschechoslowakische Regierung von der österreichischen Regierung ohne Ausnahme nur Dank und Anerkennung abgestattet bekam.

Gegenüber

Ungarn

nahmen wir von allem Anfang an denselben Standpunkt ein, wie einst gegen Oesterreich. Bei der letzten Völkerbundstagung einigten wir uns im Prinzip mit Betlen und mit den Mitglie- dern der Kleinen Entente und forderten aus eigen- er Initiative den Völkerbund auf, mit der Sa- nierungsarbeit Ungarns zu beginnen. Wir können allerdings hierbei nicht unseren Rechten und un- sere Forderungen gegenüber Ungarn entsagen. Ich habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten angedeutet, daß allen Mitgliedern der Kleinen Entente an einer Aenderung ihres Verhältnisses zu Ungarn liegt, und daß der Zeitpunkt kommt, an dem es zu einem vernünftigen Vertragsver- hältnis kommen und an dem die Konzeption der Kleinen Entente eine derartige sein wird, daß sie keinen Stoß für Ungarn besitzen wird, wie sie ihn auch nicht für Oesterreich besitzt. Es wird auch zu einer Organisation Zentraleuropas kom- men, d. h. zur Bildung eines neuen mitteleuro- päischen politischen und wirtschaftlichen Systems, wobei alle ihre volle Souveränität besitzen, wobei aber die heutige Gegenseitigkeit, wie wir hoffen, vollständig verschwinden und einer gegenseitigen Mitarbeit Platz machen wird. Allerdings wird es auch dann dafür keinen Grund geben, daß die heutige bestehende enge Interessengemeinschaft zwischen den Staaten der Kleinen Entente nicht unverändert fortbestehen sollte.

Man spricht auch von Zeit zu Zeit über den

Eintritt Polens in die Kleine Entente.

Das berührt eine Empfindlichkeit Polens und ent- spricht auch nicht sachlich der gegebenen Situation. Dagegen gab es oft eine enge Mitarbeit zwischen beiden Staaten in den gemeinsamen Fragen. Diese Mitarbeit ist erforderlich und ersprießlich und wird sicherlich wieder stark durchgeführt wer- den. Ich erwünsche sie aufrichtigen Herzens. Aber stets gab es und wird es die Formel geben: Po- len und die Kleine Entente. Aber es besteht kein Hindernis, daß man sich bei gemeinsamen Inter- essen zuerst einigt und daraufhin für die Zukunft sein Verhältnis zu den übrigen regelt. Aber nach den bisherigen günstigen Intentionen handelt es sich niemals um irgendwelche territoriale Kom- binationen und Verbündetenbündel, sondern stets um sachliche, auf tatsächlichen Interessen ba- sierende und begrenzte Abkommen. Es war immer mein Ziel, sich früher mit Polen zu eini- gen, bevor Rußland in die euro- päische Politik einträte. Deshalb ist es heute in unseren Intentionen, möglichst bald zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Arbeit zu schreiten.

Unser Verhältnis zu Deutschland

ist heute bereits konsolidiert. Wir waren der erste Ententestaat, der nach dem Waffenstillstand mit Deutschland einen regelrechten Handelsvertrag ab- schloß. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen waren

überhaupt niemals unterbrochen, sie sind regel- mäßig und gut. Wie ich hoffe, werden sie so blei- ben. Auch gegenüber Deutschland sollten wir praktisch eine Politik der Konsolidierung und der Rekonstruktion betreiben und deshalb entäuerten wir uns freiwillig des aus dem Versailler Frie- densvertrag resultierenden Rechtes der Sequestrie- rung des deutschen Vermögens. Das hatte wirt- schaftlich und politisch bedeutende Folgen. Wäh- rend der fünf Jahre gab es keinen einzigen größe- ren Konflikt, der auch nur geringfügig unsere Beziehungen getrübt hätte. Wir verharren darauf, daß der Versailler Friedensvertrag für beide Staaten die Grundlage der gegenseitigen Beziehungen abgibt. Beide Staaten richteten sich konsequent danach. Der Friedensvertrag wurde durch Deutschland und uns konsequent erfüllt.

Der Minister erhofft die Lösung des

Reparationsproblems.

Es ist unser Lebensinteresse, daß sich Frankreich und Deutschland in der Ansicht einigen. Selbst- verständlich muß der Friedensvertrag die Grund- lage der Einigung bleiben. Auf diese Einigung haben wir hingearbeitet und werden es weiter tun. Nach meinem Urteil ist der Augenblick für die Einigung viel- leicht näher, als man allgemein an- nimmt. Der Großteil der Bevölkerung, sowohl in Deutschland, als auch in Frankreich, wünscht aufrichtigen Herzens einen wahren Frieden. Wir sind daran interessiert und es ist unsere Pflicht, auf der einen Seite die Friedensverträge zu ver- teidigen, auf der anderen aber zu einer aufrich- tigen Einigung zu helfen, die heute die erste Not- wendigkeit Europas zu sein beginnt.

Der Minister sagt über die

Einwendungen gegen den Vertrag mit Frankreich,

daß er auf die Vortwürfe bezüglich eines Vasallen- tums gegenüber Frankreich nicht antwortet. Er stammt von jenen, die, wenn wir in einer Frage mit Frankreich einig sind, von Vasallentum spre- chen. Auch wenn wir, wie in Sachen Rußlands, oder in Angelegenheit der Besetzung Korfus, dem Standpunkte Englands näher ständen, mißbrau- chen sie dies dazu, um von einer Isolierung der Republik und einem Bankrott der gesamten Poli- tik zu sprechen. Es sind dies Kritiker, die keine ernstlichen Argumente haben und deshalb dema- gogische Fragen gebrauchen. Benes wendet sich dann gegen den Vorwurf, daß der Vertrag anti- deutsch sei und den französischen Imperialismus unterstütze. Schon wiederholt wurde erklärt, daß eine Einigung zwischen Frankreich und Deutsch- land im Interesse der Republik sei. Durch diesen Vertrag erhöht sich noch dieses unser Interesse. Nach unserer Meinung wird die deutsche Demo- kratie diese Politik begreifen, die aber stets der deutschen Reaktion unangenehm sein wird, denn eine tatsächliche Einigung ist nur unter den De- mokraten dieser Staaten möglich. Der Vertrag habe im ersten Augenblick ein starkes Echo her- vorgerufen. In Italien haben sie sich bald be- ruhigt. In England hatte ich Gelegenheit, die Frage der früheren und der jetzigen Regierung und überhaupt den offiziellen Kreisen aufzulegen und alle erkannten unsere friedlichen Bestre- bungen.

Die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands.

Ich erfuhr, sagte der Minister, aus Zeitun- gen, daß unsere russische Politik in Belgrad eine Niederlage erlitt. Denn ich ging angeblich hin, um die Anerkennung der Sowjetregierung de jure zu beantragen und es gelang dies nicht. Alle drei Staaten waren ein- mütig der Ansicht, daß wir nicht prinzipiell gegen die Anerkennung der Sowjetregierung sind, daß

sie aber die Ereignisse nach einer eventuellen An- erkennung seitens Englands und Italiens abwar- ten, und daß wir uns die Freiheit des Handelns vorbehalten. Die Bedeutung der Anerkennung wollen wir weder für Europa noch für Rußland überschätzen. Entscheidend wird nicht das Fak- tum der Anerkennung sein, sondern das, was nach der Anerkennung geschehen wird. Trotdem würde die Anerkennung Rußlands durch England und Italien für die europäische Politik eine ernste Begebenheit sein. Unsere Politik gegenüber Ruß- land ist und wird immer von dem einzigen Ziele geleitet sein, das ich schon immer in meiner frühe- ren Rede bezeichnet habe: mit dem Lauf der Zeit zu Rußland ein Verhältnis zu schaffen, so freund- schaftlich, wie es uns unser nationales Inter- esse aufzulegt. Dann bespricht der Minister den

sozialistischen Regierung in England.

Der Wadantritt der sozialistischen Regie- rung Macdonalds in England gehört zu den wichtigsten politischen Ereignissen der Nachkriegszeit. In der Geschichte Englands wird dieses Ereignis einen Grenz- stein bilden. Für uns und für ganz Europa ist es eine bedeutende Lehre, mit welcher glänzender politischer Disziplin, Bewußtheit, Ruhe, Ord- nung und Sinn für die wahre Demokratie sowohl die britische Bourgeoisie wie auch das britische Proletariat diese Aenderung durchzuführen ver- mochten. Dies zeugt für die britische politische Reife und die große Kraft des Volkes. Die Bourgeoisie und der Sozialismus des Kontinents vermögen daraus sehr viel zu lernen, und das britische Reich hat sicherlich durch diese Er- fahrung nichts verloren.

Die tschechoslowakische Republik war in einem sehr guten Verhältnis zu der Regierung Baldwin und wird im besten Verhältnis zu der Regierung Macdonalds sein. Macdonald wünscht aufrichtig eine gerechte Lö- sung des Reparationsproblems, er will Europa dem erdgültigen Frieden näherbringen, er will große soziale Reformen lösen, er ist ein großer Vorkämpfer des Völkerbundes und er beschäftigt sich insbesondere mit der Frage, wie die Sicherheit der kleinen Nationen verbürgt werden könnte — das alles veranlaßt uns, ihm für sein Ver- waltendes Gelingen zu wünschen.

Der Minister schloß: Ich habe das Bewußt- sein, in allen Beziehungen meine Macht gegen und unsere Interessen zum Wohle der Nation und der Republik voll gewahrt zu haben.

Eine Ueberraldung im Außen- auschuss.

Der Ausschuss beschloß, das Exposé Benes' ins Plenum zu verweisen! — Der Minister spricht dennoch.

Die gestrige Sitzung des außenpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses begann mit einer kleinen Ueberraldung: ein vom Abg. Mayer überreichter Antrag, das Exposé des Außenministers in das Plenum des Hauses zu verlegen und im Aus- schusse überhaupt nicht in Verhandlung zu ziehen, wurde mit den Stimmen der Deutschbürgerlichen, der deutschen Sozialdemokraten und der Kommuni- sten, welche bei der Abstimmung in der Mehr- heit waren, angenommen. Das zeitige für einen Augenblick eine peinliche Szene: für den Minister sowohl, wie für die Mehrheitspar- teien, welche im ersten Momente ganz perplex waren, sich sehr bald aber wieder ermannten und durch den agrarischen Abgeordneten Sudek die Erklärung abgaben, daß der Minister jederzeit im Ausschuss erscheinen und das Wort ergreifen

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London. 3

Wie im Leben war er mit einem Krügel ge- schlagen worden, er konnte das nicht verstehen. Mit einem Knurren, das zum Teil Wollen, aber mehr noch Kreischen war, sprang er wieder auf die Beine und stürzte auf den Mann los. Aber er bekam wieder den gleichen Hieb und fiel zer- schunden auf den Boden. Diesmal verstand er, was der Krügel bedeutete, aber seine Wut konnte keine Grenzen. Ein Dutzendmal griff er an, aber ebenso oft vereitelte der Knüttel den Angriff und warf ihn zu Boden.

Nach einem besonders heftigen Schlag kroch er, zu matt, um noch einmal auszugreifen, vor die Füße seines Bändigers. Er taumelte matt umher; das Blut lief ihm aus Maul, Nase und Ohren, und sein herrliches Fell war von blutigem Spei- chel bespritzt und befeuchtet. Dann kam der Mann näher und gab ihm mit Bedacht noch einen Schlag auf die Nase. Die Schmerzen, die er bis dahin er- duldet hatte, waren nichts im Vergleich zu diesem entsetzlichen, tödlichen Schmerz. Mit einer Kraft, die in seiner Wildheit fast löwenartig war, stürzte er wieder auf den Mann los. Aber dieser sahie ihn kaltblütig am Unterleibe und zog rückwärts nach unten. Bud beschrieb in der Luft einen re- gelrechten Kreis und stürzte h. lbiot auf Kopf und Brust hin.

Er konnte nicht mehr. Der Mann hatte den böshafien Schlag absichtlich bis zum Schluß auf- gehoben. Bud stand auf und fiel um und brach schließlich besinnungslos zusammen.

„Der Hundebändiger versteht sein Handwerk, sage ich euch.“ rief begeistert einer der Burschen auf der Mauer.

Bud verlangte seine Besinnung wieder, aber nicht seine Kraft. Er blieb liegen, wo er hinge-

fallen war, und beobachtete von da aus den Mann im roten Sweater.

„Hört auf den Namen Bud,“ sagte der Mann zu sich selbst, indem er aus dem Brief des Wirtes z. lerte, der ihm die Überfendung des Klä- figs und dessen Inhabtes angezeigt hatte. „Nun, Bud, mein Junge,“ sagte er mit gelassener Stimme, „wir haben eine kleine Belehrung ge- habt, und am besten betrachten wir's als solche. Du hast deinen Standpunkt gelernt, und ich kenne den meinenten. Sei ein guter Hund, und alles wird gut gehn, und der Himmel wird dir voller Rahmigen hängen. Sei ein bö'er Hund, und ich werde dein Eingeweide aus dir herausklopfen. Verstanden?“

Während er so sprach, streichelte er freund- lich Buds Kopf, den er eben noch so unbarmherzig geschlagen hatte, und, obgleich Buds Haare sich bei dieser Berührung unwillkürlich sträubten, er- trug er es ohne Widerstreben. Als ihm dann der Mann Wasser brachte, trank er gierig, und wäh- her nahm er aus der Hand seines Peinigers ein kräftiges Mahl aus rohem Fleisch — Stück für Stück.

Bud war besiegt, des wußte er; aber er war nicht gebrochen. Ein für alle mal sah er ein, daß er keine Chancen gegen einen Mann mit einem Knüttel hätte. Er hatte diese Lehre gezogen und sie in seinem späteren Leben nie vergessen. Der Knüttel war für ihn eine Offenbarung. Er war für ihn die Einführung in d's Urgefes des Ur- strümlischen, und er kam ihr h. lbi entgegen. Die Wirklichkeit des Lebens nahm ein grimmiges Ge- sicht an, und indem er dieses Gesicht nach an- schaute, sah er es mit all der schlummernden List seiner erwachten Natur.

Die Tage vergingen, und andere Hunde ka- men, in Käfigen oder an Striden; einige geduldig, andere rosend, so wie er gekommen war, und Bud sah, daß alle unter die Herrschaft des Man- nes im roten Sweater kamen. Aus jeder brutalen Verdrühtung zog er immer wieder die Lehre,

daß ein Mann mit einem Knüttel ein Gejochgeber sei, dem unbedingter Gehorsam gebühre, wenn auch nicht notwendigerweise mit versöhnlichen Gefühlen. Der letzteren machte Bud sich nie schul- dig, obgleich er beobachtet hatte, daß Hunde ge- schlagen wurden, die vor den Mann krochen und wackelten und ihm die Hand leckten. Auch sah er einmal, daß ein Hund, der sich nie versöhnen und nie gehorchen wollte, schließlich im Kampf um die Oberherrschast getötet wurde.

Immer wieder kamen fremde Männer, die erregt oder freundlich und in allen Tonarten mit dem Mann im roten Sweater sprachen. An sol- chen Tagen ging Geld von Hand zu Hand, und die Fremden nahmen einen oder mehrere Hunde mit sich fort.

Bud wunderte sich, wohin sie wohl gehen mochten, denn sie kamen nicht wieder; aber die Angst um die Zukunft überkam ihn heftig, und er war jedesmal froh, wenn er nicht ausgewählt wurde.

Schließlich sahug aber auch für ihn die Schicksalsstunde und zwar in Gestalt eines kleinen schmalwangigen Mannes, der gebrochen Englisch sprach. Manche fremde und sonderbare Ausdrücke konnte Bud nicht verstehen.

„Salud m.“ rief der Fremde aus, als seine Blide auf Bud fielen. „Das ist ja ein verdamm- ter feiner Hund. Heil was kostet er?“

„Dreihundert und das Trinkgeld,“ war die prompte Antwort des Mannes im roten Sweater. „Und weil du im Besitz von Regierungsge- lden bist, habe ich dir keinen Tritt gegeben. Was, Perrault?“

Perrault grinste. Er überlegte, daß der Preis für Hunde infolge der riesigen Nachfrage ins Un- gemessene gestiegen war, und fand die Forderung für so ein prachtvolles Tier nicht zu hoch. Die lanadische Regierung würde nichts dabei verlor- en. Perrault verstand etwas von Hunden, und als er Bud genauer betrachtete, wurde er sich

darüber klar, daß dieser Hund einer unter tausend war — „einer unter zehntausend.“ setzte er leise für sich hinzu.

Bud sah, daß Geld ausgetauscht wurde, und war nicht überrascht, daß er und Curly, ein gut- mütiger Neufundländer, von dem schmalwangigen Fremden weggeführt wurden. Es war das letzte Mal, daß er den Mann im roten Sweater sah, und als er und Curly nach der Abfahrt von Seattle vom Deck der Karawal herabschauten, hatte er auch zum letztenmal den warmen Süden gesehen. Perrault nahm ihn und Curly ins Schiff hinun- ter und übergab beide einem dunklen Sünnen, na- mens Francois. Perrault war französischer Kan- nadier und bräunet, Francois ein Mischling und schwarzbraun. Für Bud waren sie eine fremde Art von Menschen — später sah er mehr solcher — und wenn er auch gerade keine Zuneigung für sie empfand, so begann er doch, ihnen auf- richtige Achtung entgegenzubringen. Er erkannte bald, daß Perrault und Francois anständige Menschen waren, besonnen und unparteiisch in Ausübung der Gerechtigkeit, und zu erfahren mit den Schlichen der Hunde, als daß sie von diesen gelächelt werden konnten.

Im Zwischendeck der Karawal begegneten Bud und Curly zwei anderen Hunden. Der eine war ein großer, schneeweißer Kerl aus Spitzber- gen, den ein Walfischjäger mitgebracht hatte. Er war freundlich, aber in einer hinterlistigen Weise, freundlich vor den Augen, in dessen er heimlich über einen bösen Streich nachdachte. Das bewies er, als er gleich bei der ersten Mahlzeit von Buds Futter stahl. Als Bud aufsprang, um ihn dafür zu bestrafen, kaufte die Beirische Francois durch di- Luft und traf Bud zuerst, und ihm verblieb nicht als das Absuchen des Achnens. Es war sehr an- ständig von Francois, dachte Bud, und in seiner Achtung begann der Mischling immer mehr zu steigen.

(Fortsetzung folgt.)

Könne, daher auch heute sprechen dürfte. Darauf erwiderte der Vorsitzende N e m e c, ohne den Ausschuss zu fragen, dem Minister zu seinem einstündigen Exposee, welches wir an anderer Stelle wiedergeben, das Wort.

Dieser Vorgang, durch welchen sich der außenpolitische Ausschuss selbst desabonnierte, rief im Kreis der oppositionellen Abgeordneten große Erbitterung hervor. Abg. Genosse Dr. Cz e ch verlangte daher zur Vorbereitung einer Aussprache unter den Parteien die Unterbrechung der Sitzung. Während der darauffolgenden Beratungen erklärten sowohl der Minister, als auch mehrere Abgeordnete der Mehrheitspartei, daß sie grundsätzlich gegen eine außenpolitische Aussprache im Plenum des Hauses keine Einwendung haben, daß sie jedoch ohne Anhörung des Ministerpräsidenten, des Parlamentspräsidenten und des Rätenausschusses eine bindende Zusage nicht machen könnten. Eine Verständigung zwischen den Parteien kam nicht zustande und es beantragte sodann der agrarische Abgeordnete Dr. Bl a h o die Eröffnung der Debatte über die Erklärung des Außenministers, welcher Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Hierauf gaben die Abg. Dr. L o d g m a n und M a y e r die Erklärung ab, daß sie sich im Hinblick auf das Verhalten der Koalitionsparteien an den weiteren Beratungen nicht beteiligen könnten und verließen den Saal. Abg. Genosse Dr. Cz e ch protestierte sodann namens der deutschen sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses gegen den jeder parlamentarischen Würde höhnsprechenden Vorgang, erläuterte die Gründe, die für die Verhandlung der Erklärungen des Außenministers im Plenum des Hauses sprechen und forderte unter Vertretung auf den von den Mehrheitsparteiern verschuldeten Konflikt die Vertagung der Beratung. Dieser Antrag löste eine längere geschäftsordnungsmäßige Debatte aus, an welcher der Außenminister, der Abg. Dr. K r a m a t und der Abg. S t a l a l teilnahmen und die mit der Vertagung der Verhandlungen auf den morgigen Tag endete.

Außenausschuss des Senates.

In der gestrigen Sitzung des Außenausschusses des Senates hielt Genosse Dr. P e l l e r eine Rede, in der er u. a. sagte:

Die auswärtige Politik unseres Staates in den letzten Monaten wird bestimmt durch den Abschluß des Vertrages mit Frankreich.

Unsere Stellung zum Vertrage

kann infolge unserer Verpflichtungen, die aus der Angehörigkeit zur sozialistischen Arbeiter-Internationale sowie aus unseren Ansichten über die auswärtige und die innere Politik dieses Staates erwachsen, keine andere als eine ablehnende sein. Der internationale sozialistische Arbeiterkongress in S a m b u r g hat mit unserer Zustimmung unsere Stellung zu den Friedensverträgen bestimmt. In der von diesem Kongress einstimmig angenommenen Resolution hat die gesamte sozialistische Arbeiterschaft der Welt nebst dem Weltkriege selbst die Friedensverträge als die Ursache der Verelendung der Massen, der Verewigung der Krise, des Hindernisses für den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft festgestellt. Die sozialistische Arbeiterschaft erklärt, daß die Friedensverträge über die besiegten Länder Unsicherheit und ständige Bedrohung durch neue Gewalttaten verhängt, den Weltmarkt zerrütet, überall friedensfeindlichen Nationalismus, haßerfüllte Rachegeanken gezeugt haben.

Der vorliegende Vertrag stellt fest, daß die vertragsschließenden Teile entschlossen sind, die Achtung vor der internationalen Ordnung des Rechtes und der Politik zu sichern, die durch gemeinsam unterschriebene Verträge gesichert worden ist und im Art. I wiederholt er die Verpflichtung der beiden Regierungen, sich in jenen auswärtigen

Fragen zu einigen, die geeignet wären, die durch die Friedensverträge gesetzte Ordnung zu schädigen.

Hören wir, was zu diesen Friedensverträgen die Sozialisten der Siegerstaaten — und nur diese und kein Millerand oder Poincaré haben für uns Bedeutung — gesagt haben.

Der französische Genosse L e o n B l u m hat festgestellt, daß

Die französischen Sozialisten vom ersten Tage an die Friedensverträge bekämpften.

ihnen einstimmig ihre Unterschrift verweigert haben. Er charakterisiert sie als das Ergebnis zweier miteinander unvereinbarer Tendenzen, der Prinzipien Wilsons, die jede Unterdrückung von Völkern ablehnen, die dem vollen Selbstbestimmungsrechte der Völker Geltung zu verschaffen suchen, und der Prinzipien der Vertreter der Traditionen einer vergangenen Zeit, der Vertreter des reinen Gewaltprinzips. P a n d e r v e l d e, der als belgischer Minister die Verträge mit unterschrieben hat, verurteilt sie und erklärt ihre Revision für eine unbedingte Notwendigkeit im Interesse der Wiedererlangung des Friedens unter den Völkern. Die Stellung unserer tapferen italienischen Genossen zum Kriege und zu den Friedensverträgen ist bekannt. M o d i g l i a n i hat ihr am Kongress deutlichen Ausdruck gegeben. Soll ich viel davon reden, wie die englische Arbeiterpartei von den Friedensverträgen denkt? Ich hoffe, daß sie in kurzer Zeit ihre Gedanken hierüber in die Tat umsetzen wird. Haben doch die wenigen Tage der Arbeiterregierung in England bereits ein vollständig verändertes Bild der politischen Welt-situation ergeben.

In der Beurteilung der Friedensdiktate sind wir Sozialisten alle einig. Sollte es Ausnahmen geben, so setzen sie sich mit der gesamten Internationale und mit jenen Beschlüssen in Widerspruch, die mit ihrer Zustimmung gefaßt wurden. Einen Vertrag, der die Einhaltung der Friedensverträge als seine wichtigste Aufgabe bezeichnet, lehnen wir also schon aus unserem Solidaritätsgefühl mit den Arbeitern aller Länder mit Entschiedenheit ab. Diese Bestimmung des Vertrages leidet aber auch an einem schweren inneren Widerspruch. Frankreich und die Tschechoslowakei verbinden sich, um Verträge unversehrt zu erhalten die in Wahrheit längst durchlöcher sind und in vielen Punkten nicht mehr zu Recht bestehen.

Wir lehnen den Vertrag auch ab, weil wir in ihm den verhängnisvollen Versuch erblicken,

die Bündnispolitik aus der Zeit vor dem Weltkriege wieder einzuführen,

jene Politik, die zur Bildung zweier großer Mächtegruppen in Europa und damit zum Kriege geführt hat. Kaum hatte der „Temps“ Ende Dezember 1923 die Grundlinien des Vertrages veröffentlicht, als sich auch schon die Konturen der neuen Mächtegruppierung deutlich zeigten. Frankreich, die Tschechoslowakei, Polen auf der einen, Italien, England, Spanien auf der anderen Seite. Eine deutliche Wiederholung jener unglückseligen Bündnispolitik, die mit der Schuld am Weltkriege trägt.

Die Gefährlichkeit des Vertrages zeigt sich aber auch deutlich in der Wirkung, die er in der Welt ausgeübt hat. Er rief heftigsten Widerstand, ja Empörung überall hervor, am meisten in den Siegerstaaten selbst, in Italien und England. Wir müssen schon sagen, daß wir die Einsicht des Herrn Ministers Benes bisher höher eingeschätzt haben und daß wir ihm nicht zugemutet hatten, einen solchen Vertrag just in dem Augenblick abzuschließen, in dem in England die Arbeiterpartei an die Regierung kommt, von welcher wohl auch dem Herrn Minister bekannt sein dürfte, daß sie zur Politik des derzeitigen Frankreich in größtem Gegensatz steht. Wir betrachten den Abschluß dieses Vertrages, der geeignet ist, uns in einen Gegensatz zu Eng-

Die Extratouren der Kleinen Ententisten.

Rumänien-Italien.

Vor dem Abschluß eines Allianzvertrages.

Wien, 6. Feber. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Rom, daß der Abschluß eines italienisch-rumänischen Vertrages bevorsteht. Dieser Vertrag soll den Charakter einer Entente cordiale haben und wohl ähnlich dem italienisch-jugoslawischen Vertrage sein.

Rumänien - Oesterreich.

Das Freundschaftsverhältnis soll noch inniger gestaltet werden.

Bukarest, 5. Feber. In dem Gedankenaustausch, zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und den rumänischen Staatsmännern, wurde festgestellt, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und Rumänien, die auf gemeinsamen politischen und ökonomischen Interessen beruhen, die freundschaftlichsten sind. Von beiden Seiten wurde wiederholt der Wunsch geäußert, in Zukunft diese Beziehungen noch inniger zu gestalten. Gelegentlich dieser Besprechungen wurde ein Abkommen über die Meistbegünstigung im Handelsverkehr unterfertigt. Außerdem sind die Texte eines Aus-

land und Italien zu bringen, als eine politische Unflughet ersten Ranges.

Welcher Unterschied bezieht auch, fragte Redner, zwischen dem französisch-tschechoslowakischen und dem italienisch-jugoslawischen Vertrag? Wohl spricht auch dieser von der Zusammenarbeit zur Erhaltung der durch die Friedensverträge geschaffenen Ordnung und ist daher ebenso verpflichtend und in sich unwahr. Aber immerhin verpflichtet er die Vertragsparteien nur zur gegenseitigen politischen und diplomatischen Unterstützung zum Zwecke der Beseitigung eines drohenden kriegerischen Konflikts und zur Neutralität, falls ein solcher ausbricht. Demgegenüber verpflichtet der Vertrag mit Frankreich zu aktiven militärischen Maßnahmen.

Redner stellt an den Minister die Frage, ob er nicht bereit wäre, unser Verhältnis mit Rußland endlich einmal in Ordnung zu bringen. Oder verpflichtet ihn der Vertrag, erst bei Frankreich um Erlaubnis zu fragen? Deutschland hat Rußland längst, England vor kurzem de jure anerkannt. Italien wird demnächst folgen.

Müssen wir warten, bis Rußland die französischen Vorkriegsanleihen anerkennt?

Das wäre in Anbetracht der Haltung der Tschechoslowakei zur Kriegsanleihe der eigenen Staatsbürger nicht konsequent. Oder hindert das Stürmen des Herrn Dr. Kramat die Anerkennung Rußlands? Es scheint uns, daß diese Anerkennung viel mehr im Interesse der Wirtschaft der Tschechoslowakei als Rußlands gelegen ist, dem immerhin englisches Kapital, englische und deutsche Industrie einen Ersatz für den mangelnden tschechoslowakischen Markt bieten, während uns, die wir Absatzgebiete für unseren Export dringend benötigen, der dauernde Verlust des russischen Marktes schweren Schaden zufügen würde. Redner bittet daher um klare Auskunft in dieser überreifen Frage.

Der Vertrag enthält Bestimmungen, welche die Rückkehr der Hohenzollern nach Deutschland, jene der Habsburger nach Oesterreich und Ungarn hindern sollen. Wir wünschen die Rückkehr der Hohenzollern und der Habsburger vielleicht noch weniger als die Herren Poincaré und Dr. Benes. Der Einfluß Frankreichs und der Tschechoslowakei in dieser Frage könnte aber nur in der Richtung ausgeübt werden, daß beide Staaten durch ihre Politik jene Tendenzen in den drei Ländern fördern, welche die Wiederkehr der blut- und schmachvollen Herrscherhäuser ablehnen, das ist die der demokratischen und sozialistischen Parteien. Aber eine Gewaltpolitik, eine Politik

lieferungsvertrages und einer Rechtshilfs-Konvention zwischen Oesterreich und Rumänien festgelegt worden. Schließlich sind beide Regierungen übereingekommen, so rasch als möglich eine gemischte Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, die verschiedenen, zwischen beiden Staaten noch schwebenden Fragen im freundschaftlichen Geiste einer Lösung zuzuführen.

Ein nobles Verhältnis.

Italien schenkt den Jugoslawen zweieinhalb Millionen Goldfranken.

Belgrad, 6. Feber. (A. N.) Ministerpräsident Mussolini hat, um die freundschaftliche Gesinnung des Königreiches Italien zum Königreiche S. S. zu bekunden, den Minister des Äußeren R i n c i s davon verständigt, daß Italien auf sein Vorzugsrecht bezüglich des Ersatzes der Okkupationskosten in Bulgarien verzichtet. Dieser Entschluß ermöglicht es, daß das Königreich S. S. seinen Anteil aus dem von der bulgarischen Regierung am 1. Oktober 1923 hinterlegten Betrage von zweieinhalb Millionen Goldfranken, sowie von allen auf Rechnung der Reparationen zu leistenden Zahlungen erhalte. Die Belgrader Presse begrüßt und würdigt diesen Entschluß der italienischen Regierung.

der Drangsalierung, der Demütigung, der Mißbeachtung mit ihrer schwarzen Schande, der Erwedung und Begünstigung separatistischer Verbredere betreiben, und damit die ungeliebte Politik der Anhänger der Hohenzollern unterstützen und kräftigen, auf der anderen Seite deren Wiederkehr verbieten, das ist eine Politik mit doppeltem Boden, eine unmögliche Politik, die ihr Ende nur in Verweissungsausbrüchen, in neuem Blutvergießen finden kann.

Dieser Vertrag wirkt aber auch auf die innere Politik in der Richtung zurück, daß er die Versöhnung der Deutschen mit dem Staate, der ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Deutschland schließt, hindert. Auch hier können sich die Nationalisten beider Lager vergnügen die Hände reiben. Der Vertrag vertieft die nationalen Gegensätze zwischen den Nationen.

Ganz unersichtlich sind uns die Beweggründe für die Notwendigkeit dieses Vertrages, die uns der Herr Minister auch heute nicht mitteilen konnte oder wollte.

Das Bild wäre aber kein vollständiges, wenn nicht ein Wort über das Zustandekommen des Vertrages gesagt würde. Er wurde abgeschlossen, ohne daß das Parlament ihm vorher zugestimmt, ja ohne daß es auch nur um seine Ansicht gefragt worden wäre. Er wird nach einer Praxis, die wir niemals anerkennen werden, auch dem Parlament nicht zur Genehmigung vorgelegt werden. Es ist ein Vertrag, der nicht nur nach seinem Inhalt, sondern auch nach den Methoden seines Zustandekommens vollständig den von der alten Diplomatie vor dem Kriege abgeschlossenen Verträgen gleicht. Wo bleibt da der „neue Geist“? Wäre, die Herren Mehrthal und Bülow und Decasé usw. hätten es auch nicht anders machen können.

Auf Grund unserer Ueberzeugung, daß die derzeitige auswärtige Politik weder dem Frieden noch dem Wiederaufbau Europas dient, und daß die Art der Führung der auswärtigen Angelegenheiten auch die Wiederherstellung des inneren Friedens zu vereiteln geeignet ist, können wir die Darlegungen des Ministers nicht zur Kenntnis nehmen.

Es sprachen dann die Senatoren F r i e d r i c h und Dr. P e d e b o u r von den Deutschbürglichen, ferner die Senatoren Dr. H o r a d e l, Dr. B r a b e c, L u t e s und andere, worauf Dr. Benes sein Schlusswort hielt. Selbstverständlich nahm die Mehrheit die Ausführungen des Ministers zur Kenntnis.

Der Apostel Indiens.

Zu Romain Rollands neuem Werk „Mahatma Gandhi“.

Romain Rolland hat das Leben Tolstois, Gändels, Michelangelos dargestellt, hat ein Buch über Beethoven geschrieben, und in diesen Biographien versucht, die großen Künstler als Lebewesen zu zeigen, das Zerissenheit ihrer Seelen darzulegen und den Glorienschein, der sich nur allzugen um das Haupt dahingegangener Künstler schlingt, zu zerstören, indem er die scheinbar Uebermenschlichen als schmerzdurchtobte, unglückliche, erdgequälte Menschen zeichnet. Die heidnische Lüge, mit der das Phrasengeflecht bürgerlicher Kunststücken die Dichter, Musiker, Bildhauer und Maler umgibt, soll in ganzer Erbärmlichkeit entlarvt werden. „Es gibt nur ein Heldentum auf der Welt“, heißt es im „Leben Michelangelos“, „die Welt zu sehen, wie sie ist — und sie zu lieben“. Der Begriff „Heldentum“ weicht hier schon sehr weit ab von den Vorstellungen, die gewöhnlich mit diesem Wort verbunden werden. Noch viel weiter von der militärisch versuchten Ideologie des Bürgertums weggeschoben hat diesen Begriff der Indier Mahatma Gandhi, mit dessen Leben und Ideen sich Rollands neues (im Rotapfelverlag, Erlensbach-Zürich erschienen) Buch befaßt.

Mahatma Gandhi ist der Führer einer mächtigen indischen Freiheitsbewegung; 300 Millionen Menschen, ein Fünftel der Erdbbevölkerung,

sieht in heiliger Ehrfurcht zu ihm auf. Er ist ein Revolutionsführer, wie noch nie einer gewesen. Das Heldentum des Leidens ist seine Forderung. Die Macht der Liebe, Hingabe, Aufopferung sind die Waffen, mit denen er gegen die englischen Unterdrücker kämpft. Noch ist sein Ziel, die Selbständigkeit Indiens, nicht erreicht. Die Schergen des britischen Imperialismus haben ihn in den Kerker geworfen, wie bisher noch jede herrschende Klasse die Menschheitsbefreier im Gefängnis unschädlich zu machen suchte. Aber die Bewegung Gandhis, die ganz auf Geist, Seele, friedliche Verständigung gerichtet ist, konnte durch Verhaftung des Führers nicht erstickt werden. Seine Ideen haben im indischen Volke längst Wurzel gefaßt. Sie haben weit über Indien hinaus Bedeutung gewonnen, sie rollen um den Erdball und die ersten Wellenkreise dieser Gedankenflut erreichen bereits die Küsten Europas. Das Buch Rollands, im Kern ein neues Manifest an die Pazifisten der Erde, will dem Eindringen des Geistes Mahatma Gandhis die Wege öffnen.

In zwanzigjährigen Ringen um Verbesserung der elenden Lage der Indier in Afrika hat Mahatma Gandhi sein System erprobt. Es ist ihm gelungen, den wütenden Nationalhaß, der sich in tiefster Verachtung des Fremdrassigen ausprägte, zu brechen — ohne Waffengewalt, durch die Methode der „Non-Violenz“, das heißt der vollkommenen Gewaltlosigkeit, der heroischen

*) Gandhi ist bekanntlich dieser Tage auf freien Fuß gesetzt worden.

Zanfmut, die aber keineswegs gleichbedeutend ist mit Passivität. Mahatma Gandhi haßt die Tatlosigkeit. Aktive Resistenz ist die Seele seiner Bewegung; Liebe, Glaube, Aufopferung sind die Kräfte, deren die Bewegung sich bedient. Und der Sieg wurde durch diese Kräfte errungen. Die Anerkennung der Menschenrechte der indischen Bevölkerung Afrikas wurde durchgesetzt. Bald bekam Gandhi Gelegenheit, sein System, das sich hier glänzend bewährt hatte, in seiner Heimat anzuwenden.

Der Zwang der englischen Oberherrschaft war unerträglich geworden, Indien hatte mehrfach erfolglos an seinen Fesseln zu rütteln versucht. Da kam der Krieg, England brauchte Soldaten und versprach den Indern das ersuchte Selbstbestimmungsrecht, wenn sie am Krieg teilnahmen. Fast eine Million Mann stellte Indien, begeistert für den Kampf, der ihm mittelbar die eigene Freiheit schenken sollte. Der Krieg ging vorüber, in grellem Dohn brach England sein Versprechen. Für die Mahnung an sein gegebenes Wort hat es nur Gelächter übrig. Die Erbitterung gegen die Unterdrücker wuchs ins Unermeßliche. Rebellion, gewalttätiger Aufruhr wolle, emporkommen — da trat Gandhi an die Spitze der Freiheitsbewegung.

Er leitete die Revolution, die Revolution ohne Gewehr und Kanonen, ohne Flamme-werfer und Tanks. Seine schärfste Waffe war die Non-Violenz, das heißt der Boykott der staatlichen Schulen und Gerichte; die Beamten verließen ihre Posten, der Verwaltungsapparat wurde in Unordnung gebracht.

Ramenlose Begeisterung erfaßte die Massen.

Es war ein Volkskampf mit den Mitteln des Geistes und der Liebe. Im Zeichen der Gewaltlosigkeit sollte die Freiheit Indiens errungen werden.

Gewiß kam es auch zu Auswüchsen, an denen Gandhi selbst Teil hatte. So verbot er das Tragen ausländischer Stoffe, ließ die Vorräte an Webwaren, statt sie den Armen zu geben, öffentlich verbrennen, wollte das Volk zu der alten indischen Hausindustrie, der Spinnerei, zurückführen, leugnete alle technischen Erfindungen, verlangte die Entfernung aller modernen Maschinen, weil diese nur Arbeitslosigkeit und Unheil ins Land gebracht hätten. Alle Beziehungen zum Abendland sollten abgebrochen werden. Volle Freiheit für das Volk — auch Freiheit vor der Ueberflutung mit den Erzeugnissen anderer Völker. Dieses engherzige Prinzip hemmte jeden Fortschritt. Die Absicht, die Eigenart des Volkscharakters zu wahren, war hier zu üblem Konformismus angeleitet. R a b i n d r a n a t h T a g o r e trat diesen Tendenzen entgegen. In heftigem Federkrieg stellten diese beiden großen Geister ihre Ansichten gegeneinander. Rolland bekennt sich zu Tagore, der den reinsten Kosmopolitismus vertritt, das Aufgehen in internationaler, allmenschlicher Geistigkeit fordert, während Gandhi nationale Eigenart als Grundbedingung nationaler Freiheit erklärt. Gandhis Nationalismus ist überhaupt recht seltsam. Er verwirft jeden Nationalstolz, jeden Hochmut, jedes Bewußtsein der Ueberlegenheit über ein anderes Volk. Jedes Volk ist ihm gleich wert und gleich nahe. Antasten der Rechte eines Volkes ist ihm

Inland.

Nachfrage zur Spiritusaffäre. Die Legionäre gegen die Korruption.

Die Ortsgruppe der tschechoslowakischen Legionärgemeinde in Preßburg, eine der stärksten Ortsgruppen dieses Verbandes, hat in ihrer letzten Sitzung beschloffen, an den Exekutiv-Ausschuss der Legionärgemeinde in Prag heranzutreten, dieser möge den Abgeordneten Dr.šek zum Austritt aus der Agrarpartei veranlassen, falls aus dieser Partei der Senator Bräsel nicht ausgeschlossen wird. Weiters wird die Exekutive der tschechoslowakischen Legionärgemeinde gebeten, durch öffentliche Kundgebungen gegen die Verhältnisse im politischen Leben zu protestieren. Auch in allen anderen Ortsgruppen der Legionärgemeinde sollen ähnliche Bestrebungen zu Tage treten sein.

Für den freien Spiritushandel.

Im „Právo Lidu“ veröffentlicht der Spiritusfachmann der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, Abgeordneter Remeš, einen Artikel, in dem im wesentlichen folgendes ausgeführt wird:

Der genannte Abgeordnete ist stets für ein staatliches Spiritusmonopol eingetreten. Da aber dieses Monopol infolge des Widerstandes der Spiritusfabrikanten nicht durchgeführt werden konnte, ist Abgeordneter Remeš nunmehr für den freien Spiritushandel. Aber diesen freien Handel mit Spiritus fürchten die Spiritusbarone wie der Teufel das Weihwasser. Sie wissen sehr gut, daß sie beim Spiritushandel die hohen Spirituspreise nicht einhalten könnten und daß eine Reihe kleiner, technisch rüständiger Betriebe zugrunde gehen würden. Den Spirituswucherern handelt es sich vor allem um den hohen Preis. Diefem Zwecke dient auch der bekannte Korruptionsfond. Als vor einiger Zeit einem hohen Funktionär zehn Millionen Kronen aus diesem Fond übergeben wurden und ein Spiritusfabrikant aus Lador den Oberdirektor Verta diesbezüglich interpellierte, antwortete dieser: „Was wollen Sie? Für zehn Millionen haben Sie achtzig Millionen an höheren Uebnahmepreisen erhalten und heuer wird es Ihnen auch nicht schlecht gehen“.

Die Tschechoslowakei hat den höchsten Spirituspreis in Europa. In derselben Zeit, da in Oesterreich Trinksprit per Liter Ks 22.55, in Deutschland Ks 8.90, in Ungarn Ks 6.44, in Südslawien Ks 15.55, in Rumänien Ks 7.18, in Polen Ks 13.10 kostete, hat die Spiritus-Genossenschaft dem Finanzministerium eine betrügerische Kalkulation vorlegt, wonach die Produktionskosten für einen Liter Rohsprit Ks 19.43 betragen; dazu kommt noch der Raffinadelohn von Ks 1.40, Steuern Ks 12.— und Ks 2.—, Ausgaben für Lagerung, Versicherung und Korruptionskosten, so daß ein Liter Trinksprit über Ks 40.— gelostet hätte. In Wirklichkeit wurde — wie Abgeordneter Remeš sagt, durch das Verdienst der Spiritus-Pötte — der Spiritus um Ks 35.10 verkauft.

Zum Schlusse tritt der Abgeordnete Remeš dafür ein, daß im nächsten Jahre der Spiritushandel völlig frei ist und der Staat sich über den für fünf Jahre abgeschlossenen Vertrag hinwegsetzt.

974 Bergarbeiter in Lebensgefahr!

Duluth (Staat Minnesota), 6. Feber. Infolge Einsturzes einer Talsperre überschwemmten die Gewässer der Lake Superior eine Mangangrube. Es bestehen Besorgnisse um das Leben von 974 Bergarbeitern. (Anm. Die Stadt Duluth liegt am westlichen Ende des Lake Superior, welcher der weitläufigste der fünf Seen ist, welche Kanada von den Vereinigten Staaten trennen.)

das größte Verbrechen. Und dennoch schließt er sein Land von den Einflüssen der Außenwelt ab. Bedingungsloser Konservatismus scheint ihm kein zu hoher Preis für die nationale Freiheit. Wenn diese Auffassung wohl sehr ansehbar ist, so ist die andere Seite seines Nationalismus, dessen Gipfel die Hochachtung vor der fremden Nation ist, wohl geeignet, unserem europäischen Nationalismus als Beispiel zu dienen. Welcher Weg ist von dieser Weltanschauung bis zu dem Wortgefasel unserer völkischen Scharfzücker und Phrasenhelden! Welch eine Kluft zwischen dem edlen Menschen und Nationalisten Mahatma Gandhi — und einem Mussolini zum Beispiel, dessen feilsche Eigenschaften in Größenwahn, Schlagworttaumel, Eitelkeit und Borniertheit erschöpft sind! Zwei Kulturen stoßen hier zusammen. Das scheinbar indische Lehrmeister des materialistisch verfehlten, verrotteten Europa werden.

Abgesehen von der genannten kurzfristigen nationalen Verirrung ging der gewaltlose Aufstand doch nicht ohne Blutvergießen ab. Der Pöbel, den Gandhi maßlos verachtet, schlich sich in die Reihen der Gandhi-Anhänger ein und getriebte Krawalle an, die Menschenopfer forderten. Mit fast übermenschlicher Größe nahm Gandhi die Schuld an diesen Vorfällen — von denen er erst nachträglich erfahren hatte — auf sich. Kein Wunder, wenn man diesem Menschen göttliche Verehrung zollen wollte. Er lehnt demütig ab. Er sei kein Gott, kein Uebermensch. Er sei nur der Mensch, der erkannt hat, daß die Gewalt dem Tiere eigen sei und den Menschen schände.

Der Aufstand ohne Gewalt ist ja ein uraltes indisches Kampfmittel. Das äußere Gefäß hat Gandhi aus der jahrtausendalten Tradition

Telegramme.

Die Sachverständigenausschüsse.

Vor der Beendigung des Berliner Aufenthaltes.

Berlin, 6. Feber. (Wolff.) Der Unterausschuss für Budgetfragen besaß sich heute wiederum gemeinsam mit dem Staatssekretär F i s c h e r mit der Prüfung des Voranschlages der deutschen Einnahmen. Ueber die Tätigkeit des Unterausschusses für Währungsfragen wurden keine Mitteilungen gemacht.

In den Abendstunden trat der gesamte erste Ausschuss zu einer Vollsitzung zusammen, in deren Verlaufe der Bericht des Eisenbahnsachverständigen A e w o r t h und L e B e r v e entgegengenommen wurde.

Ueber die Arbeiten des zweiten Ausschusses wurde ebenfalls kein Kommuniqué ausgegeben. Die Mitglieder des zweiten Ausschusses werden voraussichtlich Freitag früh Berlin wieder verlassen. Innerhalb dieses Ausschusses wird noch mit dem baldigen Eingang der Ergebnisse einiger ausländischer Untersuchungen gerechnet, welche für die demnächst wieder in Paris anzunehmenden Sitzungen benötigt werden.

Das Ermächtigungsgesetz in der französischen Kammer.

Paris, 6. Feber. (Sabas.) Die Kammer hat heute einstimmig mit 521 Stimmen den ersten Absatz des ersten Artikels des Finanz-Ermächtigungsgesetzes angenommen. Dieser Artikel ermächtigt, wie bekannt, die Regierung, im Voranschlage für das Jahr 1924 zumindest eine Milliarde Ersparnisse durchzuführen. Verschiedene von den Kommunisten beantragte Nachträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Warum Sowjetrußland gegenüber Italien zögert.

Rom, 6. Feber. Die italienische Presse befaßt sich mit der Erläuterung des Hauptgrundes, warum die Sowjetregierung die Unterzeichnung des italienisch-russischen Abkommens verweigert hat. Der Hauptgrund liegt in dem dahingehenden Druck der Dritten Internationale, daß die erste Anerkennung durch die Westmächte nicht von einer Regierung ausgehe, welche den Kommunismus unterdrückt hat. Die Anerkennung Rußlands durch die englische Regierung hat das Abkommen mit Italien für Rußland wertlos gemacht. Deswegen heben die italienischen Blätter hervor, daß sich die Sowjets bemühen werden, sich einiger der im italienischen Vertrage enthaltenen Verpflichtungen zu entledigen.

Die Reaktion in Polen.

Die Massenverhaftungen dauern fort.

Lemberg, 6. Feber. In Koszow fanden unter den dortigen ukrainischen Sozialisten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen statt. U. a. wurde der bekannte ukrainische Advokat Dr. Hankiewicz, der Arzt Bialozor und Professor Kuzma verhaftet.

Die neue griechische Regierung.

Athen, 6. Feber. (Gq.) Heute morgen wurde das Kabinett mit Kasandaris als Ministerpräsident rekonstruiert. In dem neuen Kabinett befinden sich alle früheren Minister, ausgenommen den Außenminister, den Finanzminister und den Unterrichtsminister, welche in der Nationalversammlung ernannt werden. Die Blätter versichern, daß das Kabinett gewiß die große Mehrzahl der Nationalversammlung hinter sich haben werde, denn es werden für sie die Liberalen wie auch die Republikaner stimmen.

Staat, Gesellschaft und Sozialismus.

Gedanken von J. Ramsay MacDonald.

Der heutige national abgegrenzte Staat, der sich in seinem Landheer und seiner Marine mit höchster Dramatik ausprägt, ist wahrscheinlich zum Vergehen verurteilt. Ein allgemeines, ein Menschheitsparlament wird vielleicht einst berufen sein, die vereinigten Staaten der Welt zu vertreten.

Die Politik des Sozialismus muß sich an der Gegenwartswelt orientieren.

Wir müssen genau bestimmen, was wir als Staat begriffen wissen wollen. Weder verstehen wir unter Staat die Regierung, noch das Parlament, noch die Beamtenhierarchie der Ministerien; andererseits wird der Staat nicht durch den Begriff der Gesellschaft erschöpft. Der Staat ist die organisierte politische Persönlichkeit eines souveränen Volkes — die Organisation der Gemeinschaft zu dem Zweck, ihren gemeinsamen Willen auf politischem Wege durchzusetzen.

Man kann den Sozialismus in der Tat nicht besser definieren, als daß er diejenige Phase der sozialen Organisation repräsentiere, in der von Staatswegen ein zweckmäßiges Ernährungssystem für die Gesellschaft errichtet wird. Die demokratische Regierung aber kündigt diesen Umkehrpunkt an.

Die Erfahrung und der Geist der Frauen sind erforderlich, um zu verhindern, daß der vom Familiengeist getragene Staat seine Struktur nur von der Erfahrung der Männer empfangt.

Der Sozialismus ist eine Gesellschaftsform, in der die Disziplin und die Autorität des Staates neben der individuellen Freiheit einen befriedigenden Ausdruck erhält.

Der Berufspolitiker bedürfen wir genau so sehr wie der gelernten Ingenieure, Mediziner oder Schornsteinfeger. Regierungskunst und Regierungswissenschaft gehören zu den schwierigsten Künsten und Wissenschaften, und es sollte dafür Sorge getragen werden, den Beruf so auszubilden, daß er über die geübtesten Talente verfügen kann. Der Berufspolitiker ist einfach jemand, der sein Geschäft versteht und mit Herz und Gedanken bei der Arbeit ist. Ohne solche Kräfte kann sich kein parlamentarisches System in demokratischen Staaten behaupten.

Devientur'e.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar 2.00775
Zürich 100	Schweiz. Frank	16.66.25
Berlin 1	Mark	124.100.000.000.00
Wien 1	östr. Kronen	2.064.00

Prager Kurze am 6. Feber.

	Gold	Warr
100 holl. Gulden	1314.00	1320.00
1 Billion Mark	8.01.00	8.21.00
100 holl. Francs	142.95.00	144.45.00
100 schweiz. Franc	6.85.25	6.11.25
1 Pfund Sterling	149.67.50	151.07.50
100 Lire	153.25.00	154.75.00
1 Dollar	84.9.00	85.20.00
100 iranz. Francs	161.25.00	162.75.00
100 Dinar	41.20.00	41.70.00
1000 mag ar. Kronen	11.80.00	12.30.00
1.000.000 östr. Mark	3.45.00	4.25.00
10.000 östr. Kronen	4.51.00	5.01.00

als das Sinnbild der kapitalistisch-despotischen Weltordnung.

Die englische Regierung behandelte diese sozialen Veränderungen und das jahrelange Schüren des Massenungehorsams schließlich ebenso wie die offene Revolution. Zu Zehntausenden wurden die Anhänger Gandhis in den Kerker geschleppt, wo sie, getreu der Lehre des Meisters, in heroischem Dulden, im stummem Martyrium alle Qualen willig, ja begeistert für ihre geknechtete Heimat erduldeten. Gandhi selbst wurde vor Gericht gestellt und bestimmte sich das Ausmaß der Strafe selbst. Sechs Jahre hätte er im Gefängnis leiden müssen (am 18. März 1922 wurde er verurteilt), wenn nicht die neue Arbeiterregierung Englands die Pforten seines Kerkers geöffnet hätte.

In der letzten Zeit schlichen sich Zweifel in Mahatma Gandhis Seele ein. Er begann darüber nachzusinnen, ob seine Methode der Gewaltlosigkeit nicht von der Nachlässigkeit diktiert sei: Ob er nicht deshalb die Waffen verworfen habe, weil die Waffen Indiens gegen England zu schwach gewesen wären. Ob seine Tugend nicht aus der Not erwachsen sei. Aber diese Zweifel vermochten seinen Glauben an die einzig menschenwürdige Kampfmethode, den Kampf des Geistes, nicht zu erschüttern. Sein Volk, sein waffenloses Volk, sollte es der Welt beweisen, daß die moralische Kraft der brutalen Kraft überlegen ist.

Rollands Werk, das den Charakter, die Persönlichkeit, die Ideen Gandhis darstellt, eine knappe, übersichtliche Geschichte seiner Bewegung gibt und besonders den sehr interessanten Mei-

Tages-Neigkeiten.

„Ein ergebener Verbündeter Frankreichs.“ Die „Agence Havas“ schreibt folgende, von der Regierungspresse mit Vergnügen wiedergegebene Meldung aus Paris vom 6. Februar: In den Salons der hiesigen tschechoslowakischen Gesandtschaft fand gestern eine vom Gesandten Dr. Dusik und Gemahlin veranstaltete musikalische Soirée statt. Auf dem Programm befanden sich Gesangsvorträge der Frauen Lubovic und Beslovka von der Moskauer Oper. An der Soirée nahm eine außerordentliche Gesellschaft teil; unter den Anwesenden befanden sich Marschall F o d, General Mangin mit Gemahlin, Graf und Gräfin Peretti della Rocca, die Gesandten der Niederlande, Schwedens, Jugoslawiens und Oesterreichs, die Generale Bergault und Krejci, Senator Reynald u. a. Frau Dusik wurde zu dem Erfolge der schönen Feier von hohem künstlerischen Werte beglückwünscht. Die Soirée hat den französischen ausländischen Freunden der tschechoslowakischen Republik aus der hohen Pariser Gesellschaft Gelegenheit geboten, ihre Sympathien der Republik, welche ein ergebener Verbündeter Frankreichs ist, zu bekunden. — Bleibt nur die Frage offen, wer das alles bezahlt.

Im frumben Land Tirol. Wie in Dresden die Hafenkreuzer die Aufführung eines Werkes Tollers nicht vertragen, so ist den frommen Moralfanatiker'n Innsbrucks jedes Theaterstück, das nicht fürsterblichlich approbiert ist, ein Stein des Anstoßes. Der Tiroler Landtag hatte sich dieser Tage mit einem Antrag zu beschäftigen, der darauf hinzielte, die dem Stadttheater Innsbruck zugebilligte jährliche Unterstützung von 24 Millionen Kronen so lange zu entscheiden, bis die Direktion wieder „sittlich einwandfreie“ Stücke aufführe. In der Debatte hörte man, daß man in Innsbruck die Schaubühne neuerdings allgemein eine „Zaubühne“ nenne; denn die Direktion führe in den meisten Abenden der Woche laszive Stücke auf. Demgegenüber wurde betont, daß die Direktion mit jährlich 24 Millionen Kronen Subvention nicht auskommen könne und daher gezwungen sei, dem Geschmack des Publikums entgegen zu kommen; die lasziven Stücke seien Pöbel und mod:rne Operetten, wie sie übrigens auf dem Spielplan fast aller Theater zu finden seien. Trotzdem beschloß der Landtag, dem Stadttheater in Innsbruck die Subvention zu entziehen. — Sie sind eben merkwürdige Kunstfreunde, die Hafenkreuzer als auch die Rindlinge.

Schneefürne in Nähren und in der Slowakei. Am Samstag und Sonntag ist in den Gebirgsgegenden Nährens und Schlesiens über ein Meter Schnee gefallen. Es herrschen große Schneefürne. Mehrere Dörfer und einsame Höfe wurden von der übrigen Welt vollkommen abgeschnitten. Zahlreiche Unfälle von Eskalieren werden gemeldet, zwei Dagehaisige, die trotz der Warnungen in die Berge gingen, werden vermißt. Im Walde der Rohno-Flota wurde die Leiche einer erkrankten Bettlerin aufgefunden. — Einer Elmsitzer Waldung zufolge ist der Verkehr auf den schlesischen Vorkarpaten unterbrochen. — Auch aus der Slowakei werden große Schneeverwehungen gemeldet, so daß der Verkehr auf der Strecke Poprad—Vetka ab 4. Feber eingestellt werden mußte. Der Personenverkehr wird durch drei Züge nur nach Großpoprad in der Richtung von Kaschau und nach Sieba in der Richtung von Oederberg aufrechterhalten. Die Güteraufnahme über Sieba ist für 48 Stunden gänzlich eingestellt.

Ein fertiggestelltes Waggondach. Eine unangenehme Ueberraschung erlebten Montag die Passagiere der zweiten Wagenklasse des um 12.24 Uhr von Komotau nach Prag abgehenden Personenzuges. Vor Einfahrt in die Station Priesen hatte der ordnungsmäßige Sturmwind während der Fahrt das Dach des Waggons erfährt und unter heftigem Krach die Blechdecke des Daches abgedeckt. Die plötzlich „obdachlos“ gewordenen Insassen mußten in dem Nebenwaggon überdieseln.

nungsstreit zwischen Gandhi und Tagore ausführlich behandelt, ist, wie gesagt, von der Absicht getragen, das System der Ungewalt, des Kampfes mit den sanften Mitteln der Liebe, des Geistes, der moralischen Ueberlegenheit, nach Europa zu verpflanzen. Daß die Konflikte, die heute zwischen den Völkern Europas brennen, plötzlich von selber erlöschen, wagt selbst ein Optimist wie Romain Rolland nicht zu hoffen. Es muß zum Austrag der zwischenstaatlichen Probleme kommen. Wie dies geschieht, ist die Frage, die heute die Gemüter aller wahren Menschen bewegt. Gasbomben und Handgranaten, Militärbesatzungen und Generalkommissäre überflüssig zu machen, und doch eine Brücke über die Kluft der gegenseitigen Ungerechtigkeit zu bauen, doch dem Recht zur Geltung zu verhelfen, das ist der tiefste Sinn des Systems Mahatma Gandhis. Kein anderer war dazu berufen, diesen Appell an die Menschheit laut werden zu lassen, als Rolland. Denn wenn nach Rollands Wort Gandhi das Gewissen Indiens ist, so ist nach Stefan Zweigs Wort Rolland das Gewissen Europas. In England hat die Gandhi-Bewegung bereits Fuß gefaßt (in dem Land, gegen dessen Beherrscher sie gerichtet ist!). Daß ganz Europa von ihr erfährt werde, daß die verbrecherischen Forderungen nach Beseitigung der zwischenstaatlichen Fragen durch das Brüllen der Mordwerkzeuge endlich verstummen und die Menschen, wenn schon gestritten sein muß, menschlich streiten lernen — das ist die Tendenz dieses Werkes, in dem der Apostel der Menschlichkeit, Rolland, von Mahatma Gandhi, dem Apostel Indiens, das Wort übernimmt. Fritz Rosenfeld.

Versteigerung der unanbringlichen Vollständigen. Am 13. Feber gelangen um halb 9 Uhr vor-

Das Betreten des Molbauweises lebensgefährlich. Die Prager Polizeikorrespondenz verlaubbart:

Im Theater gestorben. Der 73jährige Schul-

Ohne Takt und Verstand. Die deutsche Ge-

Der Kommunistenführer Heinrich Brandler,

Schreckenszene bei einer Filmaufnahme. Wie aus Rom gemeldet wird, sprang bei den

Zehn Arbeiter erstickt. Gestern früh erwic-

Seine Frau in die Donau geworfen. In Wien

Wetterübersicht vom 6. Feber. Der Kern des

Das Unendliche.

Am Fenster, neben meinem Schreibtisch,

Draußen, hinterm Fenster, rauscht der blaue

Aber hinter der glatten, grausamen Scheibe

Hinterm Fenster rauscht der blaue Wind.

Alteine Eintagsfliege, die du brauchtest mir

Alteine Eintagsfliege — es ist nicht die wahre

Doch schon ist er es nicht mehr. Schon liegt

Alteine Eintagsfliege — — —

Kultur.

Die Allerhöchsten.

Der höchste Berg ist nicht mehr umstritten:

In den Anden liegt auf rund 4000 Meter der

Der mächtigste Wasserfall der Erde

Englisch-Guhana sein; das Wasser stürzt dort in

Als ältester Baum der Erde gilt eine

Das größte aller lebenden Tiere

Im Wettbewerb um das höchste Alter steht

Der größte Himmelskörper ist nach den

Das Geschloß leitet uns zu technischen Leistungen

Das größte Schiff der Welt ist der Vier-

Das größte Schiff der Welt ist der Vier-

Gerichtssaal.

Zuchthausurteile gegen Sozial-

demokraten.

Die Klassenjustiz in Deutschland.

In Dramburg in Pommern war es im

„Judenknecht, raus mit der Polizei, wir sind

empfangen. Währenddessen hatte Samann ver-

Das Gericht sah Samann und Jonas als

schon ihrer Haut wehren

würden. Die Verteidigung bezweifelte erfolglos die

Da bis zum 1. April auf Grund des Ermäch-

Auch wenn man für erwiesen halten will, daß

Kleine Chronik.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge. In Madrid sind bei einer militärischen Flugübung zwei Flugoffiziere mit ihren Apparaten in geringer Höhe zusammengestoßen. Die Apparate stürzten ab; beide Offiziere fanden den Tod.

Als das „berühmteste Schwindelmand der Welt“ bezeichnet der englische Berichterstatter G. Ward Price den „spanischen Gefangenen-Schwindel“, über dessen Einzelheiten er sich bei der Madrider Polizei eingehend unterrichtet hat. Dieser Schwindel, der seit 40 Jahren von Hochstapler-Unternehmungen in Valencia und Saragossa in großem Umfang betrieben wird, illustriert besser als alles andere die bekannte Tatsache, daß die Dummen nicht alle werden. Reiche und wohlhabende Leute in der ganzen Welt, bis nach Surinam und Neuseeland, erhalten Briefe, in denen ein angeblicher Major der spanischen Armee, der wegen seiner republikanischen Gesinnung im Gefängnis schmachtet, dem Adressaten, in dem er einen engeren Verwandten begrüßt, ein Geheimnis offenbart. Bevor er verhaftet wurde, konnte er sein ganzes Vermögen, das meist auf 70.000 Pfd. Sterl. in englischen Banknoten angegeben wird, in den doppelten Boden einer seiner Koffer verbergen. Der kostbare Koffer befindet sich in Verwahrung der Gerichte, die von seinem Inhalt nichts ahnen, und um ihn auszulösen, ist die Bezahlung der Prozeßkosten von 300 bis 400 Pfd. Sterl. nötig. Dies Geld soll der „Verwandte“ einschicken; ihm wird dafür ein Drittel der ganzen Summe zugesichert. Der sterbende Major macht seinen unbekannten Wohlthäter auch zum Vormund seiner einzigen 16-jährigen Tochter, eines reisenden jungen Mädchens, deren Photographie beiliegt. Diesem beweglichen Schreiben sind eine Menge Dokumente beigelegt, die alle gefälscht sind; darunter auch die sehr würdig gehaltene Fürsorge des Gefängnisgeistlichen, eines „ehrwürdigen Vaters“, und die Photographie der Tochter, die sehr anmutig aussieht, aber das Bild eines verleideten Chörchens ist. Der „ehrwürdige Vater“ erklärt sich sogar bereit, dem „Verwandten“, wenn er selbst zur Ordnung der Angelegenheit nach Spanien kommen wollte, bis zur Grenze entgegenzueilen. Das Ganze ist natürlich von A bis Z eine raffinierte Fälschung, aber das erstaunliche ist, wie diese alte Trick wirkt. Die spanische Polizei schätzt, daß 20 Prozent der Leute, an die sich der „Gefangene“ wendet, antworten, und daß vier bis fünf Prozent Geld schicken. Der Schwindel, der in verschiedenen Familien sich von Generation zu Generation vererbt, ist sehr einträglich, und einer der „Gefangenen“ besitzt sogar ein großes Haus und mehrere Kraftrwagen. Den Betrüger ist schwer beizukommen, da sie mit falscher Adresse arbeiten und auch eine verhältnismäßig geringe Gefängnisstrafe nicht scheuen, um dann den Betrug mit erhöhtem Eifer fortzusetzen.

Volkswirtschaft.

Eine Krankenzusammenkunft in Komotau.

Am 3. Feber hielt der Unterverband Nordwestböhmens des Reichsverbandes deutscher Krankentassen in Komotau eine Delegiertenversammlung ab.

Die Tagung wurde vom Verbandsobmann Abg. Deutel um zehn Uhr vormittags eröffnet, worauf in die Erledigung der Tagesordnung eingegangen wurde. Den Bericht erstattete der Sekretär dieses Verbandes Gen. Kühnel, Bilin, und es sei daraus folgendes angeführt: Die hauptsächlichste Tätigkeit in der Berichtszeit wurde auf die Revisionen der Verbandslisten und deren inneren Ausbau gelegt. Das Ministerium für soziale Fürsorge hatte sich erfreulicherweise auch selbst überzeugt, daß die Einrichtungen der Verbandslisten für die Uebernahme einer größeren Agenda durch die Sozialversicherung geeignet sind. Der Unterverband war auch bemüht, den kurbedürftigen Kassemitgliedern zweckentsprechende Unterkünfte in den Kurstädten Teplitz, Karlsbad, Franzensbad und Joachimsthal zu schaffen. Da die Mittel des Verbandes noch gering sind, konnte es sich hier nur um Mietverhältnisse handeln. Das Vermögen des Unterverbandes hat mit 31. Dezember 1923 die Höhe von 304.259,89 K erreicht.

Der Obmann des Ueberwachungsausschusses berichtete, daß er seiner Aufgabe nachgekommen ist und den Antrag auf Eintragung des Verbandes beim Reichsverband einbrachte, da stets musterhafte Ordnung vorgefunden wurde. Dieser Antrag wurde auch einstimmig angenommen.

Die Vertreter der Arbeitgeber erstatteten sodann ihre Vorschläge zur Wahl des neuen Ueberwachungsausschusses, denn in demselben haben, laut den Satzungen acht Vertreter der Arbeitgeber und zwei Vertreter der Versicherten zu sein. Die beiderseitigen Vorschläge wurden dann einstimmig angenommen. Ebenso erfolgte auch die en bloc Annahme der Vorschläge für das Schiedsgericht, welches aber im vergangenen Jahr nicht notwendig hatte zusammen zu kommen.

Bezüglich des Verbandsbeitrages wurde beschlossen, denselben auch für 1924 in der bisherigen Höhe zu belassen, d. i. pro Kopf des durchschnittlichen Mitgliederstandes des Jahres 1923 ein Betrag von zwei Kronen.

Nachdem noch interne Verhandlungsgelegenheiten der Erledigung zugeführt worden waren, schloß nach dreieinhalbstündiger Dauer der Versammlung den Verbandsstag.

Wahnsinnige Rübenpreise. Darüber schreibt f. j. in der „Konsumgenossenschaft“: Die bereits angekündigten Rübenverhandlungen haben schon zu einer Einigung geführt. Wenn die Berichte auf Wahrheit beruhen (und daran ist nicht zu zweifeln, weil sie im Blatt der Agrarier, „Reinfor“, erschienen), so geschieht hier ein unerhörter Raubzug auf die Taschen der Konsumenten. Im vorigen Jahre gab es zwei Kategorien von Rübenpreisen: einen festen Preis mit K 12.— und einen variablen Preis mit K 18.— und entsprechender Beteiligung an den höheren Weltpreisen. Die letztere Kategorie ergab infolge der enormen Weltpreise zirka 23 K. Die heutigen Preise für Rüben sollen demnach festgesetzt werden, daß bei einem Rohzuckerpreis von 300 K neun Prozent des Rohzuckerpreises, bei einem Preis von über 300 K zehn Prozent für die Rüben bezahlt werden. Heute kostet Rohzucker K 315.— und es hat auch in der heutigen Kampagne schon viel höhere Notierungen gegeben. Wenn wir also einen Durchschnittspreis von nur K 310.— für Rohzucker rechnen, so kostet die Rübe K 31,20 gegenüber K 18.— im Vorjahre! Unsere nächsten Inlandpreise sollen also auf Grund der teureren Weltmarktpreise festgesetzt werden. Zweifelloso haben die Großagrarier auch im Vorjahre bei einem Rübenpreis von K 18.— ihr volles Auslangen gefunden. Die Rohzuckerfabriken und ein Großteil der Raffinerien haben im heutigen Jahre durch ihre Exportgeschäfte riesenhafte Gewinne erzielt. „Beim Essen kommt der Appetit“ und so will man momentan die hohen Weltmarktpreise auch für das Inland erzielen und stabilisieren. Das hier geplante Attentat muß die Abwehr aller rechtlich denkenden Menschen hervorgerufen. Die Regierung scheint vor den Agrariern Angst zu haben. Die Konsumenten müssen unter allen Umständen verlangen, daß die Preisfestsetzung schon bei der Rübe beginnt. Mit dem Preisabbau muß es ernst werden. Wenn in Friedenszeiten die Rübe K 1,80 gekostet hat, so darf sie heute wohl höchstens K 16.— kosten. Die Rübenpreise dürfen nicht auf Grund spekulativer Notierungen festgesetzt werden, sondern nur nach den wirklichen Herstellungskosten, die schon einschließlich eines guten Verdienstes für die Großagrarier etwa K 15.— betragen würden.

Verhandlungen im nordböhmischen Bauergewerbe. Die am 18. Jänner fortgeführten Verhandlungen haben noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt und wurden auf den 25. Jänner vertagt. An diesem Tage wurden die Verhandlungen weitergeführt und neuerlich auf den 1. Feber vertagt. Um einen vertragslosen Zustand nicht eintreten zu lassen, wurde vereinbart, daß die bisherigen Vertragsbestimmungen bis 20. Feber Gültigkeit besitzen. Die am 1. Feber 1924 weitergeführten Verhandlungen haben noch kein abschließendes Resultat gezeitigt. In der Lohnfrage sind die Differenzen wohl geringer geworden, doch ist noch keine berechnete Hoffnung vorhanden, daß dieselben bei der nächsten am 9. Feber stattfindenden Verhandlung bereinigt werden können. Bei den Unternehmungen besteht die Absicht, die Lohnverhandlungen für den Egerer Kammerbereich mit dem Reichenberger zu verbinden.

Lohnverhandlungen im Malergewerbe. Am 20. und 26. Jänner fanden in Teplitz zwischen dem Deutschen Arbeitgeberverbande der Maler und Lackierer sowie dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Cestkovenstý kvaz Iazykistů, maliru Verhandlungen über Abschluß eines neuen Arbeits- und Lohnvertrages statt. Die Verhandlungen ergaben bisher noch kein abschließendes Ergebnis, jedoch kann angenommen werden, daß die noch nicht bereinigten Differenzen in der nächsten Verhandlung zum Ausgleich kommen. Strittig ist noch das Vertragsgebiet Karlsbad und Reichenberg sowie einige nebensächliche Bestimmungen. Um keinen vertragslosen Zustand eintreten zu lassen, wurde der alte Vertrag bis 2., neuerlich bis 9. Feber verlängert.

Streik von Werftarbeitern in Kiel. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Kiel meldet, ist es auf der Krupp'schen Germania-Werft zu einem Konflikt zwischen den Arbeitern und der Werfleitung wegen der Ueberstunden gekommen. Nachdem schon Montag 900 von den rund 8000 auf der Germania-Werft beschäftigten Leuten in den Streik getreten waren, legten Dienstag auch die Schiffbauer die Arbeit nieder. Die Werfleitung hat daraufhin beschloffen, alle Arbeiter mit Ausnahme der Lehrlinge und Kriegsbeschädigten zu entlassen und die Werft von Mittwoch ab zu schließen.

Der deutsche Reichsindex für die Kosten des Lebensunterhaltes für Montag, den 4. Feber, wurde mit 1,04 Billionen errechnet gegenüber 1,06 Billionen in der Vorwoche. Das bedeutet eine Besserung von 1,9 Prozent.

Arbeitslosenversicherung in Polen. Im Sejm-ausschuß für den Arbeiterschutz wird gegenwärtig über den Gehentwurf betreffend die Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit beraten. Der Antrag der sozialistischen Partei, die Wirksamkeit des Gesetzes auch auf die geistigen Arbeiter auszudehnen, wurde abgelehnt.

Die Arbeitslosigkeit in England. Nach den amtlichen Ausweisen betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien am 28. Jänner 1.284.700 Personen, d. i. um 69.019 Personen mehr als am 1. Jänner, aber um 201.178 Personen weniger als am 1. Jänner 1923. Das Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen ist aber in bedeutendem Maße dem Eisenbahnerstreik zuzuschreiben.

Vor großen Aussperrungen in Norwegen. Der norwegische Arbeitgeberverein hat eine Erklärung veröffentlicht, in der mitgeteilt wird, daß

bei den Verhandlungen wegen Beilegung des Hafnarbeiterstreikes seitens der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die vielen ungeschlichen Streiks Sicherheiten dafür verlangt wurden, daß die eingegangenen Uebereinkommen auch wirklich gehalten werden. Diese Verhandlungen sind ohne Ergebnis abgebrochen worden. Der norwegische Arbeitgeberverein wird über die dadurch entstandene ernste Lage beraten. Es verlaute, daß zunächst 35.000 Arbeiter ausgesperrt werden. Die Aussperrung wird im ganzen 50.000 Arbeiter umfassen.

Neues russisches Papiergeld. Der Zentralkommission für den Rat der Volkskommissäre der russischen Sowjetrepublik haben den Beschluß gefaßt, daß die Staatskasse neues auf ein, drei und fünf Rubel lautendes Papiergeld ausgeben. Der Zentralkommission für den Rat der Volkskommissäre werden gemeinsam seit dem ersten eines jeden Monats festsetzen, wieviel neues Papiergeld ausgegeben werden wird. Hierbei soll aber die Hälfte der ausgegebenen Tschrubonzen nicht überschritten werden.

Kunst und Wissen.

Morgen Gastspiel Wolff im „Lebenden Zeichen.“ Alexander Wolff wird morgen Freitag im Neuen Theater neuerlich ein einmaliges Gastspiel abspielen, und zwar als Jedia in Tolstois „Lebender Zeichen“. Die Vorstellung findet bei ermäßigten Preisen statt.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Der Fürst von Pappenheim“; morgen Freitag Gastspiel Wolff „Der lebende Zeichen“; Samstag „Tannhäuser“; Sonntag „Madi“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag abends und Sonntag nachmittags „Die deutschen Kleinstädter“; Freitag zum erstenmal in der Kleinen Bühne „Don Pasquale“; Samstag und Sonntag abends neu einstudiert „Der eingebildete Kranke“, hierauf „Die Gezierten“.

Aufführung „Die Verwandten.“ Samstag, den 9. Febr., acht im Aufführer Stadttheater Franz Joseph Engels romantische Komödie „Die Verwandten“ unter Direktor Huttigs Leitung zum überhaup ersten Male in Szene. Die beiden Hauptrollen werden von Zolt Rainer und Friedrich Köhler (Prag) freiert. Die aus Vorspiel, Zwischenpiel und Bühnenmusik bestehende Schauspielmusik hat Josef Augler, ein Schüler Zemlinsky's, geschaffen. — Franz Joseph Engel ist bereits mit einem Schauspiel aus dem Bauerntrier „Anserichung“ in die Öffentlichkeit getreten das vor einigen Jahren im Wiener Deutschen Volkstheater mit Erfolg uraufgeführt wurde.

Aus der Partei.

Parteierversammlung in Schmeideberg. Durch fast zwei Jahre war es unmöglich, im Bezirke Weipert öffentliche Parteiversammlungen abzuhalten; unsere Organisationen waren teils zerstückelt, teils sehr geschwächt, die Kommunisten haben es als den wichtigsten Teil ihrer kapitalfeindlichen Tätigkeit an, sozialdemokratische Versammlungen zu führen und gegen die Vertrauensmänner unserer Partei zu hegen. Mit Freude und Genugtuung kann festgestellt werden, daß der Zeitpunkt überschritten ist und es wieder besser wird. Unsere Organisationen leben auf, nehmen an Mitgliederzahl zu, die Arbeiter beginnen einzusehen, wie sehr sie die Geschäfte ihrer erbittertesten Feinde betreiben, wenn sie unter einander haben und leeren Schlagworten nachlaufen; sie begreifen, daß es keine andere Rettung aus Not und Elend gibt, als die alten Lehren und die alten Methoden der Sozialdemokratie zu befolgen. Der erste Versuch einer öffentlichen Versammlung gelang vollkommen, obwohl die Elemente sich verschworen hatten; es herrschte ein Schneesturm, daß es ein Wagnis war, die Straße zu betreten, die Wege waren unpassierbar, die Züge verkehrten mit

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischergasse 6, 1002

empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb

In einer Stunde Bibliotheken

Das Weltall, Biographie, Weltgeschichte, Kunsthistorie, Weltliteratur, Deutsche Literatur, Physik, Chemie

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Volksbuchhandlung Kremser & Co., Teplitz-Schönau,

Ernst Saffler, Karlsbad.

Theresienstrasse 18 - 26

Inserieren bringt Erfolg!

reißigen Verspätungen. Es wäre kein Wunder gewesen, wenn kein Mensch gekommen wäre; und trotzdem war der große Saal beinahe ganz gefüllt. Zahlreiche Männer und Frauen folgten mit höchstem Interesse den Ausführungen des Referenten Abg. Genossen Dr. Holitscher, der in zweistündigen Berichten ein Bild von der wirtschaftlichen und politischen Lage zuerst Europas und dann der Tschechoslowakei gab. Er besprach alle aktuellen Gegenstände, den Vertrag mit Frankreich, den neuen Kurs in England, die Entwicklung der russischen Verhältnisse, den Faschismus, Poincarés Niederlage das Umsichgreifen der Reaktion. Dann erörterte er die Verhältnisse im Lande, die Sozialversicherung den Arbeiterschutz, die Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung usw. Die Ausführungen wurden mit großem Beifalle aufgenommen; es ist sicher daß dieser erfolgreichen Versammlung bald weitere im Bezirke folgen werden.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag.

9. Feber, Samstag, halb 8 Uhr abends: Vereinsabend Café „Rizza“, Vorführung von Lichtbildern „Die Heimat in der Eiszeit“.

10. Feber, Sonntag, Zusammenkunft 11 Uhr Wilson: Dobischowitz; event. Wanderung, Führer: Strnad.

Jene Mitglieder, welche sich Samstag nachmittags an der Exkursion in die Weinkellereien der Firma Tarber beteiligen wollen müssen sich sofort anmelden. Treffort: Endstation Wolschan um 3 Uhr nachmittags. 2572

Turnen und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportverband, 5. Kreis. Laut Befehl der erweiterten Bundesvorsitzung wird in unserem Kreisgebiet ein Erzieherkurs abgehalten, wobei erstklassige Kräfte als Vortragende herangezogen werden. Um möglichst recht vielen Vereinsmitgliedern Gelegenheit zur Teilnahme zu schaffen soll schon jetzt in den Vereinen Vorsorge getroffen werden. Der Kurs dauert zwei Tage (Samstag und Sonntag); die für die Delegation entstehenden Kosten haben die Vereine zu tragen während alle anderen Kosten vom Bund getragen werden. Daß auch die Bezirksleiter daran teilnehmen sollen ist selbstverständlich. Durch Entgegenkommen des 6. Bezirkes ist es möglich den Kurs in zwei Teilen durchzuführen. Am 23. und 24. Feber findet in Bodenbach der Kurs für den 1. und 6. Bezirk statt. Für die anderen sechs Bezirke wird der Kurs am 8. und 9. März vermutlich in Brüx durchzuführen. Wir glauben, nicht erwähnen zu müssen welche Rowendigkeit und welche Vorteile dieser Kurs den Vereinen und Vereinen sind und erwarten daher vollständige Befolgung. Die Bezirks- und Vereinsleitungen wollen uns sofort den Namen des Kurs besuchenden Genossen bekanntgeben, zugleich auch anführen, ob der betreffende Nachzügler wünscht. Auch jene Vereine die keinen Kursisten senden haben dies unter Angabe des Grundes zu melden. Streifende Durchführung dieser Angelegenheit erwarte!

Die Kreisleitung

Musterschule der Männer in Auffig. Heute den 7. Feber l. J. haben alle pünktlich zu erscheinen. Kurse schwarz; Josef, Lieberbacher mitbringen. Josef Söhnel, Leiter.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, T. E d g a r, Relazanka 2a.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermach. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Abtheilungsgesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Zugschneidmaschinen mit einer Tagesleistung von 200.000 Buchseiten, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 200.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postfach Nr. 127. 263